

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände



Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände · Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin

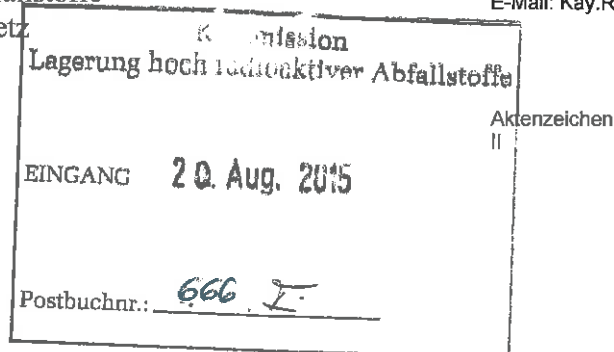
3.8.2015

Bearbeitet von Dr. Kay Ruge

Deutscher Bundestag
Vorsitzende der Kommission
Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz
Frau Ursula Heinen-Esser
Herrn Michael Müller
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon (0 30) 59 00 97 - 00
Telefax (0 30) 59 00 97 - 400

E-Mail: Kay.Ruge@Landkreistag.de



Sehr geehrte Frau Heinen-Esser, sehr geehrter Herr Müller,

wir danken Ihnen für Ihre Bereitschaft, die kommunalen Spitzenverbände in die Arbeit der Kommission einzubeziehen. Wir bitten, unsere späte Antwort auf Ihr freundliches Angebot, an den Sitzungen der Kommission teilzunehmen, zu entschuldigen. Die Hauptgeschäftsführer hatten uns zuständigkeitshalber gebeten, Ihnen zu antworten.

Den Kommunen geht es bei ihrer Mitwirkung weniger um den Auswahlprozess mit Blick auf die geologischen, technischen oder bergbaurechtlichen Voraussetzungen als vielmehr um die regionalentwicklungspolitischen Auswirkungen auf den letztlich ausgewählten Standort bzw. auch schon im Vorfeld auf die Gebietskörperschaften, bei denen ggfs. entsprechende Probebohrungen oder sonstige Untersuchungen stattfinden.

Voraussichtlich wird ein solcher Standort letztlich in einem der 295 Landkreise liegen. Eine solche Auswahlentscheidung wird fundamentale Auswirkungen auf die regionale Entwicklung haben. Dies zeigt nicht zuletzt der ursprünglich für die Endlagerung vorgesehene Standort im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Auch wenn bspw. die Lage an der ursprünglichen innerdeutschen Grenze bereits eine gewisse Strukturschwäche befördert hat, ist der Landkreis auch und gerade angesichts des Atommüllendlagers der mit Abstand einwohner schwächste und einer der am dünnsten besiedelten Landkreise Deutschlands.

Die mit einem solchen Endlager-Standort verbundenen Belastungen werden voraussichtlich nicht nur mit Blick auf die Einbindung der örtlichen Bevölkerung eine große Herausforderung darstellen, sondern auch in Bezug auf die wirtschaftliche, touristische, landschaftliche Entwicklung, mögliche Abwanderungen von Familien, ggfs. auch Unternehmen, Ausstattung mit Verkehrsinfrastruktur, um nur einige wenige Aspekte kurz zu benennen.

Geboten ist deshalb ein transparenter Dialog- und Beteiligungsprozess von Beginn an in Bezug auf gesundheitliche Risiken, Belastungen durch Erkundungs- und Baumaßnahmen, spätere Transporte von Atommüll und voraussichtlich erforderlich werdende Sicherungsmaßnahmen im Zuge von Demonstrationen und Ausschreitungen. Dieser Dialog- und Beteiligungsprozess muss sich einerseits auf die Öffentlichkeit und die Einwohner der jeweiligen Gebietskörperschaften beziehen, andererseits aber dringend auch die Gebietskörperschaften selber in ihrer verfassten Struktur ansprechen. Die hauptamtliche Verwaltung wie die politisch ehrenamtlich Tätigen in den Kommunalvertretungen sind von vornherein anzusprechen.

Über einen solchen Dialog- und Beteiligungsprozess mit Blick auf die Öffentlichkeit wie die betroffenen Gebietskörperschaften selbst hinaus gilt es angesichts der nicht unwahrscheinlichen materiellen Auswirkungen bspw. für Boden- und Grundstückswerte, aber auch die Zukunftschancen der Region insgesamt, von vornherein auch großzügige Kompensationen vorzusehen.

Wir erkennen in diesem Zusammenhang die umfänglichen Arbeiten an, die im Rahmen der Kommission bisher in den unterschiedlichen Arbeitsgruppen bspw. mit Blick auf die Öffentlichkeitsbeteiligung bereits geleistet wurden bzw. in Kürze durch Vergabe an einen Dienstleister konzeptionell noch erarbeitet werden sollen. Die kommunalen Spitzenverbände sind diesbezüglich grundsätzlich gerne bereit, in ihrer Mitgliedschaft für eine entsprechende Mitwirkung zu werben. Wichtig ist, dass es sich dabei mit Blick auf möglicherweise in Aussicht genommene Kommunen um einen nachhaltigen und fortwährenden Prozess der Begleitung handeln muss.

Wir wären dankbar, wenn diese Anregungen noch Eingang in die weitere Arbeit der Kommission sowie den Abschlussbericht finden.

Mit freundlichen Grüßen



Detlef Raphael
Beigeordneter
des Deutschen Städtetages



Dr. Kay Ruge
Beigeordneter
des Deutschen Landkreistages



Norbert Portz
Beigeordneter
des Deutschen Städte- und Gemeindebundes